

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer Tageblattes
mit den Anzeigen für den Erzgebirge
Anzeigen - Größte werblich-
wirksamste - Anzahlung 20. 20.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer Tageblattes
mit den Anzeigen für den Erzgebirge
Anzeigen - Größte werblich-
wirksamste - Anzahlung 20. 20.

Wochennummer 105. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 105

Donnerstag, den 5. Mai 1932

27. Jahrgang

Spannung in der Innenpolitik

Der Reichswirtschaftsminister tritt zurück — Übereinstimmung zwischen Hindenburg und Brüning

Berlin, 3. Mai. Wie die Berliner Abendblätter zu berichten wissen, soll Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold sein Rücktrittsgesuch eingereicht haben. Die „Nachtausgabe“ schreibt in diesem Zusammenhang, daß der heutige Empfang des Reichszanklers beim Reichspräsidenten offenbar im Zusammenhang mit diesen Rücktrittsgedanken stehen dürfte. Es heißt in den Blättermeldungen weiter, daß das Rücktrittsgesuch bis zur Stunde noch nicht genehmigt sei.

Berlin, 4. Mai. Die Morgenblätter beschäftigen sich fast alle sehr ausführlich mit dem bevorstehenden Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold und erörtern die Frage, ob sich aus diesem Rücktritt irgendwelche politischen Auswirkungen für die Erhaltung des Gesamtkabinetts ergeben werden. Hinsichtlich der Nachfolge für Dr. Warmbold wird fast allgemein der Name des Reichs-Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler genannt. Die Gründe für den Rücktritt des Wirtschaftsministers sehen die meisten Blätter darin, daß zwischen Dr. Warmbold und den übrigen Ministern, insbesondere Dr. Stegerwald, Meinungsverschiedenheiten über die Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Arbeitsbeschaffung bestehen. Der „Volksanzeiger“ will wissen, daß außerdem auch noch Differenzen zwischen Dr. Warmbold und dem Finanzminister Dr. Dietrich über die Auswirkungen der letzten Sparverordnungen auf die Wirtschaft Anlass für den Rücktritt des Wirtschaftsministers gewesen sind. „Berliner Tageblatt“, „Börsen-Zeitung“ und „Börse“ betonen ebenso wie die „Germania“, daß das Ausscheiden Warmbolds keine Veränderung der politischen Linie des Reichskabinetts bedeutet. Darüber hinaus unterstreichen die genannten Blätter unter Hinweis auf den gestrigen Besuch des Reichszanklers beim Reichspräsidenten erneut die Tatsache, daß alle Krisengerüchte, die in den letzten Tagen im Zusammenhang mit dem Namen des Ministers Goerdeler aufgetaucht sind, völlig grundlos sind. In einem gewissen Gegensatz dazu steht die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die meint, daß man den Rücktritt des Reichswirtschaftsministers keinesfalls mehr als einen einfachen Personenerwechsel betrachten und behandeln könne. Die Frage, vor die die gesamte deutsche Politik heute gestellt sei, sei die Frage der Lösung von der Sozialdemokratie. Nachdem die Weimarer Koalition durch die Niederlage Brauns erledigt sei, sei auch im Reich die Lage gänzlich verändert.

Dr. Brüning beim Reichspräsidenten

Berlin, 3. Mai. Der Reichspräsident empfing heute den Reichszankler zum Vortrag über die innenpolitische Lage und die gegenwärtigen Kabinettsberatungen.

Der Besuch des Reichszanklers beim Reichspräsidenten

Berlin, 3. Mai. Zu der eingehenden einstündigen Aussprache zwischen dem Reichszankler und dem Reichspräsidenten erfahren wir von unterrichteter Seite, daß sich dabei eine völlige Übereinstimmung zwischen den Auffassungen des Reichspräsidenten und denen Brüning's er-

geben hat. Alle gegenteiligen Gerüchte werden als in jeder Beziehung unrichtig bezeichnet.

Neue Eingabe des Reichsstädtebundes

Berlin, 3. Mai. Der Reichsstädtebund teilt mit, daß er sich unter Hinweis auf die Notlage der Kommunen mit einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium gewandt habe, in der Anregungen für gesetzliche Maßnahmen enthalten seien, um die Städte lebensfähig zu erhalten. Bei diesen Anregungen handele es sich u. a. um eine umgehende Reform der gesamten Arbeitslosenfürsorge, um unmittelbare Beteiligung der kreisangehörigen Städte an der Verteilung der zu erhöhenden Reichsdarlehen, um Einführung eines Klage-, Vollstreckungs- und Konkurschutzes zugunsten der Städte und endlich um den Schutz unverschuldet in Zahlungszwang geratener Städte vor den Rechtsfolgen des Schuldnerverzuges.

Berlin ohne Reichshilfe erleidet

118 Millionen noch ungedeckt
Berlin, 3. Mai. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten brachte Stadtkämmerer Witz den Etat für das Haushaltsjahr 1932 ein. Dieser Etat ist zunächst ein Provisorium, da noch immer nicht feststeht, welche Beträge Berlin vom Reich als Zuschüsse für die Arbeitslosenunterstützung erhält. So ist vorläufig die Ausgabe auf 1 008 780 000 Mark und die Einnahme auf 888 818 000 Mark festgelegt worden. Es ergibt sich also ein Defizit von 118 Millionen Mark, für das keine Deckung vorhanden ist. Der Stadtkämmerer wies darauf hin, daß der Etat balancieren würde, wenn nicht die Wohlfahrtsstellen wären. Das ungeheure Anwachsen der Arbeitslosigkeit mache jedoch einen solchen Ausgleich unmöglich. Hier muß die Hilfe vom Reich eintreffen, da Berlin nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft im Jahre 1932 durchzukommen.



Zu den Gerüchten um
General von Schleicher

Generalmajor von Schleicher,
dem auffaehenerregende innenpolitische Wänschten nachgelagt werden.

Neue Sparnotverordnung in Anhalt

Deßau, 3. Mai. Das anhaltische Staatsministerium hat eine Ergänzung zur Reichssparverordnung erlassen, in der es bestimmt, daß die für Staatsbeamten getroffene Regelung der Bezüge auch für Beamten der Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die der Staatsaufsicht unterliegen, maßgebend sei. Die Verordnung sieht weiter die Aufhebung der Beförderungssperre vor und führt eine Sonderabgabe auf die Einnahmen der Rotare ein. Diese Gebühr beginnt mit 5 Prozent bei 50 RM vereinnehmter Vergütung und endet mit 50 Prozent bei den Vergütungen, die 50 000 RM übersteigen.

Kommunistische Gottlosen- Organisationen verboten

Neue Verordnungen des Reichspräsidenten

Kontrolle über die politischen Verbände

Berlin, 4. Mai. Alle politischen Verbände, die militärischen Charakter tragen oder sich militärisch betätigen, sind durch eine neue Verordnung des Reichspräsidenten der Kontrolle des Reichsinnenministers unterstellt worden. Die Verordnung ist eine Ergänzung der Maßnahmen, die zur Sicherung der Staatsautorität ergriffen worden sind und gibt der Reichsregierung die Befugnis, die Verbände aufzulösen, die den staatlichen Anordnungen zuwiderhandeln.

Auflösung der Gottlosenverbände

Berlin, 4. Mai. Durch eine weitere Verordnung des Reichspräsidenten, die für das ganze Reichsgebiet gilt,

werden mit sofortiger Wirkung die kommunistischen Gottlosen-Organisationen aufgelöst, zu denen insbesondere auch der Proletarische Freidenkerbund (Sitz der Exekutive Berlin) mit allen angeschlossenen Organisationen usw. und auch die Einrichtungen der Organisationen wie Verlagsbetriebe usw. gehören.

Der Butschplan um Danzig

Ein Schreiben Gravin's an Pappe

Danzig, 3. Mai. Der Hohe Kommissar des Völkerbundes, Graf Gravin, hat dem Generalkommissar der Republik Polen in Danzig, Minister Dr. Pappe, auf dessen schriftliche Bitte um Darlegung seines Standpunktes in der Angelegenheit des vom „Daily Express“ und anderen englischen Blättern veröffentlichten Telegramms über Butschpläne in Danzig ebenfalls schriftlich geantwortet. Graf Gravin erklärt in seiner Antwort, daß er dem Berichterstatter des „Daily Express“, Greenwell, seine „ganz empfindliche“ wegen seiner sensationellen Berichterstattung zum Ausdruck gebracht habe, daß Greenwell indessen erklärt habe, daß der deutsche Wortlaut mit den Originalen nicht übereinstimme und daß er keine Informationen von dem Hohen Kommissar oder dessen Bureau erhalten hätte.

Weitere Erleichterung der Auslandsreisen

Bei Erholungsreisen amtärztliches Zeugnis erforderlich
Das W.L. meldet: Die Dewissenslage macht einige Verschärfungen der Bestimmungen für den Reiseverkehr nach dem Auslande und dem Saargebiet notwendig. Die Dewissensbewirtschaftungsstellen werden für nicht geschäftliche Reisen fortan den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen. Bei Reisen zum Kurgebrauch im Auslande ist hierbei die Vorlage eines amtärztlichen Zeugnisses erforderlich.

Von einigen ausländischen Fremdwaltungen usw. sind in letzter Zeit Prospekts verfaßt worden, in denen



Bevorstehender Rücktritt des Reichswirtschaftsministers

Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold, dessen Rücktritt unmittelbar bevorsteht. Sein Rücktritt soll den Anlaß für eine weitgehende Umwidmung des Kabinetts Brüning bilden.



Dr. Goerdeler,
Reichskommissar für Volksüberwachung,
der als Nachfolger Dr. Warmbolds genannt wird.